

ren zu können. Der öffentliche Diskurs durchlebt seit dieser Zeit Turbulenzen. Das Primat der Politik und des Staates kehrte plötzlich zurück; die neue Staatsbedürftigkeit schien Krisengewinner zu werden. In dieser Phase zeigte sich, dass in der öffentlichen Debatte Sicherheit Gerechtigkeit schlug. Doch mit der Gewöhnung an die Krise und mit dem gelungenen politischen Management der ersten Welle des Finanzmarkt-Desasters änderte sich der Diskurs erneut. Deregulierung und Privatisierung bleiben zwar als neoliberal öffentlich gegeißelt. Gleichwohl scheint nach dem symbolhaft verdichteten Opel-Spektakel die Einsicht gewachsen zu sein, dass auch Staatsinterventionismus ungerecht und ineffektiv ist. Der Bundestagswahl lagen all diese disparaten politischen Einstellungen zugrunde: Wer sichert die Zukunft? Eher der Staat oder doch die Wirtschaft? Wie unterscheiden sich private von öffentlichen Interessen? Was gewinnt anstelle von Marktradikalität an neuer Prägekraft? Wie kann es unter den Bedingungen wachsenden Nicht-Wissens und zunehmender Unsicherheit zu politisch legitimierten Entscheidungen kommen? Was muss reguliert werden und wer darf regulieren, wenn Reformbedarf besteht?

Denn ganz offensichtlich wird ein Epochenbruch neu vermessen. Gerade wenn es so ist, dass mit einer Rezession auch individuelle Entwertungserfahrungen zunehmen, dann öffnet sich ein Raum für kulturelle Neudefinitionen. Was soll bewahrt werden? Was passiert, wenn nichts passiert? Was macht unser Leben im demokratischen Wohlfahrtsstaat so lebenswert? Was muss unternommen werden, um diese Substanz zu erhalten, ohne Freiheit in Verantwortung zu gefährden? Das sind grundsätzliche Fragen, die über den Bereich der Staatstätigkeitsforschung hinaus verweisen. Für die politischen Akteure sind dies jedoch zentrale Fragestellungen, wenn es darum gehen soll, Reformen zu beginnen oder dies besser sein zu lassen.

*Karl-Rudolf Korte*

Sebaldt, Martin und Henrik Gast (Hrsg.) 2009. *Politische Führung in westlichen Regierungssystemen. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 382 S., € 49,90.

Mit dem Phänomen der politischen Führung tut sich die deutsche Politikwissenschaft eher schwer, denn es entzieht sich den vorherrschenden Fragestellungen und methodischen Vorlieben des Fachs. Die Abwendung von zeithistorischen Fragestellungen zugunsten eines eher sozialwissenschaftlichen Selbstverständnisses, die Überbetonung des Erklärens gegenüber dem Verstehen, das Interesse an Strukturen und eher statischen Typologien, die Dominanz systemtheoretischer über ordnungstheoretische Perspektiven, das Übergewicht einer Partizipationswissenschaft im Vergleich zu einer Regierungswissenschaft, die Expansion des Mainstreams durch neue Studienmodelle, Exzellenzwettbewerbe und Akkreditierungsbürokratien und manch anderes haben wohl dazu beigetragen, dass die Politikwissenschaft das Denken in singulären Situationen und Konstellationen und die Bedeutung des Faktors Persönlichkeit in der Politik ein wenig aus dem Blick verloren hat – und deshalb auch mit diesem schwer zu packenden Gegenstand fremdelt. Immerhin hat das Interesse an dem Gegenstand „Politische Führung“ in den letzten zehn Jahren zugenommen. Äußere Anstöße gaben dabei nicht wie für ältere Ansätze die großen Entscheidungsfragen von Krieg und Frieden, sondern die mühsamen und unpopulären

Reformprozesse in demokratischen Wohlfahrtsstaaten, die jahrzehntlang über ihre Verhältnisse gelebt haben. Bezeichnenderweise richtete sich die Neugier in der Governance-Forschung oder in der Vetospielerdebatte eher auf die führungsbeschränkende Bedeutung von Institutionen, ohne dass Anforderungen, Stile und Profile politischer Führung allzu sehr in den Blick genommen worden wären.

Umso erfreulicher ist nun der vorliegende Band, der mit dem Anspruch antritt, neben einer kritischen Bestandsaufnahme von Forschungsansätzen und Theorien zur politischen Führung auch einen breit angelegten empirischen Überblick über politische Führung in westlichen Regierungssystemen zu vermitteln. Bei den Autoren handelt es sich durchweg um junge Talente, die der renommierte Verbändeforscher *Martin Sebaldt* in Regensburg um sich geschart hat. Die Beiträge bewegen sich auf hohem Niveau, so dass man auf die eine oder andere Doktorarbeit aus diesem Kreis gespannt sein darf.

Zwei Beiträge von *Henrik Gast* eröffnen den Band. Zunächst spricht sich der Mit-herausgeber für eine funktionsorientierte Definition politischer Führung aus, anschließend betont er die Plausibilität interaktionistischer Ansätze, welche die Einseitigkeiten von *Great-Men*-Theorien einerseits und strukturalistischen Theorien andererseits vermeiden. Prägestalt für den Band im Ganzen entfaltet insbesondere seine Diskussion institutioneller Faktoren, die Führung begrenzen: Parlamentarismus oder Präsidentialismus, Föderalismus oder Einheitsstaat, Zweite Kammern, Parlamente, Beziehungsmuster in der Exekutive, die Rolle des Staatspräsidenten und der Verfassungsgerichtsbarkeit, Interessengruppen und Koalitionen – eine Liste, die sich allerdings leicht um weitere Punkte wie Parteienkultur, Außenpolitik und internationale Verflechtungen, verfassungsrechtliche Grenzen des Regierungshandelns, Medien oder Wirtschaftsordnung ergänzen ließe. Als weitere Aspekte eines interaktionistischen Ansatzes benennt Gast die Rolle und das Verhalten des Führers, Prozesse innerhalb der jeweiligen Gefolgschaft sowie die Charisma-Forschung. Der fundierte und anregende Einführungsbeitrag schließt mit einer Mängelliste der politikwissenschaftlichen Führungsforschung: Es mangle an fallübergreifenden Hypothesen, die sozialpsychologische Komponente werde vernachlässigt, die Persönlichkeit werde zu wenig erfasst, die kontextspezifischen Handlungsbedingungen würden zu wenig beachtet, und schließlich sei die interdisziplinäre Anbindung gering. Gasts zweiter Beitrag plädiert für eine interdisziplinäre und multiperspektivische Herangehensweise und informiert den Leser insbesondere über organisationssoziologische, rollentheoretische, tiefenpsychologische und motivationstheoretische Ansätze der Führungsforschung. Vielleicht hätte man dabei den normativen Führungstheorien, der ideengeschichtlichen Dimension des Themas und den praxisorientierten Ansätzen der Betriebswirtschaftslehre etwas mehr Raum geben können.

Es folgt der Hauptteil, dessen Beiträge um die etablierten Begriffe Parlamentarismus, Präsidentialismus und Semipräsidentialismus gruppiert sind, womit signalisiert wird, dass sie von den institutionalistischen Rahmenbedingungen politischer Führung ausgehen. Neben „Klassikern“ wie den USA, Frankreich oder Deutschland werden auch einige „Exoten“ wie Chile, Argentinien, Spanien und Italien präsentiert, die in gängigen Lehrbüchern zur Regierungslehre eher selten zu Gast sind, aber viel Anschauungsmaterial zu bieten haben. Der strenge Komparatist hätte sich möglicherweise eine etwas einheitlichere Vorgehensweise in den Beiträgen gewünscht und mag bedauern, dass ihnen kein strenges Vergleichsdesign zugrunde gelegt wurde. Der Vorzug, der sich daraus ergibt,

liegt darin, dass es sich durchweg um ausgesprochen fundierte und kenntnisreiche Einzelfallstudien handelt, die nicht in ein starres Korsett gezwungen sind, sondern mit Gespür für die Eigentümlichkeiten des jeweiligen Falls die leitenden Fragen nach Handlungsbegrenzungen, Handlungsressourcen, Anforderungen, Profilen und Stilen politischer Führung aufgreifen und deshalb auch separat als Seminarlektüre in anderen Kontexten gut lesbar sind.

Die facettenreichen Beiträge bieten viele Anregungen, politische Führung zu durchdenken und geeignete wissenschaftliche Ansätze zu reflektieren. Gelegentlich hätte es vielleicht gut getan, konkretes Führungsverhalten in charakteristischen Situationen zu analysieren. Das Beispiel der Schweiz zeigt, dass die Vorstellung, politische Führung sei bei Regierungen angesiedelt, auch ins Leere gehen kann. Bisweilen sind es die Akteure außerhalb des dortigen Bundesrats, die dem Land Debatten und Entscheidungen aufzwingen. In einem Fall wurde der Band bereits von der Verfassungsgeschichte überholt: Dass ausgerechnet Großbritannien seit einigen Monaten mit einem Musterfall einer harmonischen, vertrauensvollen und entscheidungsfreudigen Koalitionsregierung beeindruckt, dürfte zwar derzeit bei manchem deutschen Beobachter ein wenig Neid wecken, war aber bei Drucklegung des Bandes auch für den phantasievollsten Politikwissenschaftler nicht vorhersehbar. Äußerst bezeichnend für den Zustand der Europäischen Union und die um sie herum schwirrende Europaforschung ist, dass in dem Beitrag über politische Führung in der EU keine einzige Führungspersönlichkeit namentlich genannt wird – ganz so, als ob in diesem Falle Führung ohne Menschen stattfände oder jedenfalls Führung im komplexen Mehrebenensystem nicht mehr persönlich zuweisbar wäre, sondern zu einem anonymisierten Verhandlungsgeflecht geworden wäre. Vielleicht liegt ja gerade darin ein entscheidendes Problem der europäischen Integration. Zwei Beiträge von *Martin Sebaldt* runden den Band ab. Aus der Vogelperspektive nimmt er zum einen eine klare und übersichtliche Zusammenschau der empirischen Befunde vor, zum anderen werden theoretische Folgerungen für die *leadership*-Forschung herausgearbeitet und lohnenswerte Stoßrichtungen für die weitere wissenschaftliche Diskussion benannt.

Im Ganzen handelt es sich um einen sehr lesenswerten und gehaltvollen Band, der selbst an den Stellen, wo mancher Leser vielleicht einen Akzent anders gesetzt hätte oder weitere Gesichtspunkte zu ergänzen versucht wäre, nicht so sehr zur Kritik einlädt, sondern ihm vielmehr eine Fülle von Anregungen und Vorlagen zum Weiterdenken liefert. Es ist ein Band, dessen Lektüre dazu ermuntert, sich in zeitgemäßer Form wieder an ein klassisches Thema der Lehre von der Politik anzunähern, mit der die moderne Politikwissenschaft nicht immer viel anzufangen wusste: an das Regieren.

*Hans Jörg Hennecke*

Vogel, Martina 2010. *Regierungskommunikation im 21. Jahrhundert. Ein Vergleich zwischen Großbritannien, Deutschland und der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos. 212 S., € 29,-.

Mit dem Buch „Regierungskommunikation im 21. Jahrhundert“ präsentiert *Martina Vogel* ihre Zürcher Dissertation. Die Autorin war Mitarbeiterin des Forschungsprojektes „Challenges to Democracy in the 21st Century“. Es handelt sich bei ihrer Monographie um eine